

Der Newsletter "Öffentliches Recht und Europarecht – Aktuell" informiert wöchentlich über neueste Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Rechts und des Europarechts

INSTITUT FÜR EUROPARECHT | INSTITUT FÜR VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSLEHRE

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

51/2014 19.12.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

# Staats- und Verwaltungsorganisation

Andreas Janko

Das Studienbuch "Staats- und Verwaltungsorganisation" vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach "Verfassungsrecht" als auch aus dem Fach "Verwaltungsrecht".

Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko ist Vorstand des Instituts für Staatsrecht und Politische Wissenschaften der Johannes Kepler Universität Linz.

ISBN 978-3-902883-02-5, XI und 151 Seiten, Harteinband, gebunden, 25,-- Euro

Zu beziehen auf www.pedell.at.

# I. Bundesgesetzblatt

#### **BGBI I 86/2014**

Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (**IFI-Beitragsgesetz 2014**) (Unterstützung der Menschen in Entwicklungsländern; Überwachung der Leistung der österreichischen Beiträge an internationale Finanzinstitutionen)

# **BGBI I 87/2014**

Bundesgesetz, mit dem das **Kraftfahrgesetz 1967** geändert wird (differenzierte Anpassung der befristeten Ausnahmeregeln, welche für Kontrollgeräte von Omnibussen im Linienverkehr gelten)

#### **BGBI I 88/2014**

Bundesgesetz, mit dem die **Straßenverkehrsordnung 1960** geändert wird (Beseitigung eines redaktionellen Versehens; Schaffung der Möglichkeit zur Erstreckung der von einer Landesregierung erteilten Bewilligung einer Ausnahme vom Nachtfahrverbot auf zwei oder mehrere Bundesländer)

#### **BGBI I 89/2014**

Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957 und das Unfalluntersuchungsgesetz geändert werden (Anpassung zur Umsetzung einzelner Punkte aus der Richtlinie über die Eisenbahnsicherheit)

#### **BGBI I 90/2014**

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz** geändert wird (Möglichkeit der Verwendung von Mittel aus der Arbeitslosenversicherung für Zwecke der Kurzarbeit auch im Jahr 2015)

#### **BGBI I 91/2014**

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsruhegesetz** geändert wird (Festlegung von Störungen der Wochenendruhe, Wochenruhe, Feiertagsruhe und Ersatzruhe als laufend aufzuzeichnende Abweichungen bei fixer Arbeitszeitaufteilung; Anpassungen an die neue VO (EU) 165/2014 über den Fahrtenschreiber im Straßenverkehr)

#### **BGBI I 92/2014**

Bundesgesetz, mit dem das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, die Zivilprozessordnung, das Außerstreitgesetz und die Strafprozeßordnung 1975 geändert werden (einfachgesetzliche Ausführung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen betreffend den Parteiantrag auf Normenkontrolle; Änderung betreffend die verfahrensrechtliche Behandlung von Rechtssachen in den Angelegenheiten des Wahlrechts und der direkten Demokratie)

#### **BGBI I 93/2014**

Bundesgesetz, mit dem das **Anti-Doping-Bundesgesetz 2007** geändert wird (Neugestaltung des Nationalen Testpools; Verbesserung der Mitwirkung in Anti-Doping-Verfahren)

#### **BGBI I 94/2014**

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, das ArbeitslonehmerInnenschutzgesetz, das Arbeitszeitgesetz, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden - Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 2014 (ASRÄG 2014)
(Ausweitung der Lohnkontrolle; Überarbeitung der Verwaltungsstrafbestimmungen; Verbesserung des Instruments der Sicherheitsleistung; Information des Arbeitnehmers über einen sein Arbeitsverhältnis betreffenden Strafbescheid; Festlegung
besonderer Zeitpunkte, zu denen die Verjährungsfristen im Bereich der Unterentlohnung zu laufen beginnen; Entfall der
Vorschreibung von Brandschutzgruppen nach den Arbeitnehmerschutzvorschriften; Reduktion der verpflichtenden Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses; Klarstellung, dass die Funktion von Sicherheitsvertrauenspersonen und Präventivfachkräften vereinbar ist; Einschränkung der Arbeitszeitaufzeichnungen für Teleheimarbeit; Ausdehnung der Ausnahme
von der Aufzeichnung der Ruhepausen; Entfall gesonderter Arbeitszeitaufzeichnungen bei fixer Arbeitszeiteinteilung; Anrechnung von Kinderbetreuungsgeldbezugszeiten auf die Anwartschaft)

#### **BGBI II 347/2014**

Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweisen 2015 (Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2015, HKN-VO 2015)

## **BGBI II 348/2014**

Verordnung des Bundesministers für Justiz, mit der die Kanzlei- und Gerichtsvollzieher/innen-Ausbildungsverordnung geändert wird

# **BGBI II 351/2014**

Verordnung des Bundesministers für Justiz über die Einstufung als und die Behandlung von Verschlusssachen (Verschlusssachenverordnung)

# **BGBI II 352/2014**

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die Erdölstatistik-Verordnung 2011 geändert wird

#### **BGBI II 355/2014**

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Gebühren für die Notifizierung von Stellen im Rahmen des Bauproduktenotifizierungsgesetzes (**Bauproduktenotifizierungsgebührenverordnung 2015** – BPNGV 2015)

#### **BGBI II 358/2014**

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die **Diagnosen- und Leistungsdokumentationsverordnung** sowie die **Statistikverordnungen für landesfondsfinanzierte und nichtlandesfondsfinanzierte Krankenanstalten** ge- ändert werden

#### **BGBI II 359/2014**

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die Ökostromförderbeitragsverordnung 2015 und die Ökostrompauschale-Verordnung 2015 erlassen werden

#### **BGBI II 360/2014**

Verordnung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes über die elektronische Einbringung von Schriftsätzen und Übermittlung von Ausfertigungen von Erledigungen des Verwaltungsgerichtshofes (**VwGH-elektronischer-Verkehr-Verordnung** – VwGH-EVV)

# BGBI III 241/2014 (Anlage I,II)

Beschlüsse II/14 und III/7 zur Änderung des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen

## **BGBI III 245/2014**

Inkrafttreten des Waffenhandelsvertrags

# II. Amtsblatt der EU

# ABI L 358 v 13.12.2014, 1

Verordnung (EU) Nr 1323/2014 des Rates vom 12. Dezember 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 36/2012 über **restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in **Syrien** 

# ABI L 359 v 16.12.2014, 1

Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

#### ABI L 361 v 17.12.2014, 1

Verordnung (EU) Nr 1320/2014 der Kommission vom 1. Dezember 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 338/97 des Rates über den **Schutz** von Exemplaren wildlebender **Tier- und Pflanzenarten** durch Überwachung des Handels

# III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

# A. Verfassungsgerichtshof

#### 20.11.2014, V 55/2014

StraßenverkehrsO; Innsbrucker Stadtrecht; Gesetzwidrigkeit einer nicht durch den zuständigen Gemeinderat erlassenen Halte- und Parkverbotsverordnung; Voraussetzungen für die Erlassung einer Verordnung in Form einer dringenden Verfügung seitens des Bürgermeisters der Stadt Innsbruck nicht gegeben

#### 24.11.2014, G 61/2014

**Stmk GemeindestrukturreformG**; Abweisung des Antrags der Gemeinde Teufenbach auf Aufhebung des Stmk GemeindestruktureformG; kein Recht auf "ungestörte Existenz" der Gemeinde; kein Verstoß gegen das Sachlichkeitsgebot

#### 04.12.2014, V 88/2014

Oö RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit einer Verordnung betreffend die Aufhebung eines Bebauungsplanes mangels einer dem Oö RaumordnungsG entsprechenden Begründung für die Aufhebung

# 04.12.2014, G 135/2014

AußerstreitG; Jurisdiktionsnorm; Aufhebung des Verweises auf eine Bewertungsregel der JN für Liegenschaften in einer für die Zulässigkeit eines Revisionsrekurses maßgeblichen Bestimmung des AußStrG im Hinblick auf die Anknüpfung an den dreifachen Einheitswert wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz

# B. Verwaltungsgerichtshof

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

# C. Verwaltungsgerichte

# LVwG Oö 03.12.2014, LVwG-050031

**Mineral- und QuellwasserVO**; aus der Formulierung des § 8 Abs 1 und 2 Mineral- und QuellwasserVO lässt sich insgesamt ableiten, dass diese Bestimmung bloß den notwendigen Mindestinhalt der Bezeichnung eines Quellwassers – nämlich die Sachkennzeichnung "*Quellwasser*" – festlegt; denn aus der Normierung von "zwingenden" Kennzeichnungselementen in § 8 Abs 1 und 2 Mineral- und QuellwasserVO muss e contrario geschlossen werden, dass auch nicht zwingende – und sohin zusätzliche – Bezeichnungen verwendet werden dürfen

#### LVwG Oö 04.12.2014, LVwG-850221

**GewO**; da die im Gewerbewortlaut "Beistellen von (fach)kundigen Personen zur späteren Bezeugung des Sachverhalts" beinhalteten Tätigkeiten jedenfalls auch in den Tätigkeitsbereich des **reglementierten Gewerbes der Berufsdetektive** fallen, erweist sich die Abweisung des Antrags als rechtmäßig

# LVwG Oö 09.12.2014, LVwG-850229

Oö StarkstromwegeG; nach § 7 Abs 1 Oö StarkstromwegeG kommt einem Grundstückseigentümer nur insoweit ein subjektiv-öffentliches Recht zu, als er plausibel vorzubringen vermag, dass eine andere Trassenführung weniger in seine Rechtsposition eingreifen würde; macht der Liegenschaftseigentümer bloß geltend, dass die Mitbeteiligte Partei als Folge der ihr bewilligten Neuerrichtung die auf seinem Grundstück bestehende Leitung aufzulassen habe, kommt ihm insoweit keine Beschwerdelegitimation zu, weil dem Oö StarkstromwegeG kein subjektiv-öffentliches Recht auf Abtragung einer bestehenden Leitung entnommen werden kann

# IV. Gerichtshof der Europäischen Union

#### A. Gerichtshof

#### 18.12.2014, Rs C-81/13, Vereinigtes Königreich / Rat

Nichtigkeitsklage – **Koordinierung** der Systeme der **sozialen Sicherheit** – **Assoziierungsabkommen EWG-Türkei** – Beschluss des Rates über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Assoziationsrat zu vertreten ist – Wahl der Rechtsgrundlage – Art 48 AEUV – Art 79 Abs 2 Buchst b AEUV – Art 217 AEUV

## 18.12.2014, Rs C-87/13, X

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Niederlassungsfreiheit** – Steuerrecht – **Einkommensteuer** – Gebietsfremder Steuerpflichtiger – **Abzugsfähigkeit** der Aufwendungen für ein vom Eigentümer **bewohntes Denkmal** – Nichtabzugsfähigkeit, nur weil das im Wohnstaat geschützte Denkmal nicht im Besteuerungsstaat geschützt ist

## 18.12.2014, verb Rs C-131/13, C-163/13 und C-164/13, Schoenimport "Italmoda" Mariano Previti

Vorlagen zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie – Übergangsregelung für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten – Gegenstände, die innerhalb der Gemeinschaft versandt oder befördert werden – Steuerhinterziehung im Bestimmungsmitgliedstaat – **Berücksichtigung** der **Steuerhinterziehung** im Versandmitgliedstaat – **Versagung** des Rechts auf Abzug, Befreiung oder Erstattung – Fehlen nationaler Rechtsvorschriften

## 18.12.2014, Rs C-133/13, Q

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Steuerrecht – Schenkungsteuer – Befreiung im Fall eines "Landguts" – Keine Befreiung im Fall eines in einem anderen Mitgliedstaat belegenen Landguts

## 18.12.2014, Rs C-202/13, McCarthy ua

**Unionsbürgerschaft** – Richtlinie 2004/38/EG – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats frei zu bewegen und aufzuhalten – **Recht auf Einreise** – Familienangehörige eines Unionsbürgers, die die **Staatsangehörigkeit eines Drittstaats** besitzen und im Besitz einer von einem Mitgliedstaat ausgestellten **Aufenthaltskarte** sind – Nationale Rechtsvorschriften, nach denen die Einreise in das nationale Hoheitsgebiet von der vorherigen Beschaffung einer **Einreiseerlaubnis** abhängt – Art 35 der Richtlinie 2004/38/EG – Art 1 des Protokolls (Nr 20) über die Anwendung bestimmter Aspekte des Artikels 26 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf das Vereinigte Königreich und auf Irland

#### 18.12.2014, Rs C-306/13, LVP

Vorlage zur Vorabentscheidung - Gemeinsame Marktorganisation - Bananen - Einfuhrregelung - Zollsätze

#### 18.12.2014, Rs C-354/13, FOA

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Entlassung – Grund – **Adipositas** des **Arbeitnehmers** – Allgemeines Verbot der **Diskriminierung** wegen Adipositas – Fehlen – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Verbot der Diskriminierung wegen einer **Behinderung** – Vorliegen einer "Behinderung"

# 18.12.2014, Rs C-364/13, International Stem Cell Corporation

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 98/44/EG – Art 6 Abs 2 Buchst c – Rechtlicher Schutz **biotechnologischer Erfindungen** – Parthenogenetische Aktivierung von Oozyten – Bildung von menschlichen embryonalen Stammzellen – **Patentierbarkeit** – Ausschluss der "Verwendung von menschlichen Embryonen zu industriellen oder kommerziellen Zwecken" – Begriffe "menschlicher Embryo" und "Organismus, der geeignet ist, den Prozess der Entwicklung eines Menschen in Gang zu setzen"

#### 18.12.2014, verb Rs C-400/13 und C-408/13, Sanders

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung Nr 4/2009 – Art 3 – Zuständigkeit für die Entscheidung über einen Antrag betreffend eine **Unterhaltspflicht** gegenüber einer in einem **anderen Mitgliedstaat wohnhaften** Person – Nationale Regelung, die eine **Zuständigkeitskonzentration** begründet

#### 18.12.2014, Rs C-434/13 P, Kommission / Parker Hannifin Manufacturing und Parker-Hannifin

Rechtsmittel – **Kartelle** – Europäischer Markt für **Marineschläuche** – Nachfolge rechtlicher Einheiten – Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung – **Herabsetzung** der **Geldbuße** durch das Gericht – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

#### 18.12.2014, Rs C-449/13, CA Consumer Finance

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Verbraucherkredit** – Richtlinie 2008/48/EG – **Vorvertragliche Informationspflichten** – Pflicht zur Bewertung der **Kreditwürdigkeit** des Kreditnehmers – Beweislast – Beweismittel

#### 18.12.2014. Rs C-470/13. Generali-Providencia Biztosító

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Aufträge, die den in der Richtlinie 2004/18/EG vorgesehenen Schwellenwert nicht erreichen – Art 49 AEUV und 56 AEUV – Anwendbarkeit – Eindeutiges grenzüberschreitendes Interesse – Gründe für den Ausschluss von einem Vergabeverfahren – Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers, der einen Verstoß gegen das nationale Wettbewerbsrecht begangen hat, der durch ein vor weniger als fünf Jahren ergangenes Urteil festgestellt wurde – Zulässigkeit – Verhältnismäßigkeit

## 18.12.2014, Rs C-523/13, Larcher

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wanderarbeitnehmer** – Art 45 AEUV – Art 3 Abs 1 der Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Leistungen bei **Alter – Diskriminierungsverbot** – Arbeitnehmer, der in einem Mitgliedstaat vor seiner Versetzung in den Ruhestand in Altersteilzeit arbeitet – Berücksichtigung für einen **Anspruch** auf **Altersrente** in einem anderen Mitgliedstaat

#### 18.12.2014, Rs C-542/13, M'Bodj

Vorlage zur Vorabentscheidung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 2 – Richtlinie 2004/83/EG – Mindestnormen für die Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Person mit Anspruch auf **subsidiären Schutz** – Art 15 Buchst b – Folter oder **unmenschliche** oder erniedrigende **Behandlung** oder Bestrafung eines Antragstellers im Herkunftsland – Art 3 – Günstigere Normen – An einer schweren Krankheit leidender Antragsteller – Nichtverfügbarkeit einer angemessenen Behandlung im Herkunftsland – Art 28 – **Sozialer Schutz** – Art 29 – **Medizinische Versorgung** 

# 18.12.2014, Rs C-551/13, SETAR

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/98/EG – Art 15 – **Abfallbewirtschaftung** – Möglichkeit für den Abfallerzeuger die Abfallbehandlung selbst durchzuführen – Nationales Umsetzungsgesetz, das bereits erlassen, aber noch nicht in Kraft getreten ist – **Ablauf der Umsetzungsfrist** – **Unmittelbare Wirkung** 

#### 18.12.2014, Rs C-562/13, Abdida

Vorlage zur Vorabentscheidung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 2 und Art 47 – Richtlinie 2004/83/EU – Mindestnormen für die Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Person mit Anspruch auf **subsidiären Schutz** – Art 15 Buchst b – Folter oder **unmenschliche** oder erniedrigende **Behandlung** oder Bestrafung eines Antragstellers im Herkunftsland – Art 3 – Günstigere Normen – An einer schweren Krankheit leidender Antragsteller – Nichtverfügbarkeit einer angemessenen Behandlung im Herkunftsland – Richtlinie 2008/115/EU – Rückführung **illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 13 – Gerichtlicher Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung – Art 14 – Garantien bis zur Rückkehr – **Grundbedürfnisse** 

#### 18.12.2014, Rs C-568/13, Data Medical Service

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 92/50/EWG – Art 1 Buchst c und Art 37 – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 8 Unterabs 1 und Art 55 – Begriffe "Dienstleistungserbringer" und "Wirtschaftsteilnehmer" – Öffentliche Universitätsklinik – Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie unternehmerischer und organisatorischer Selbständigkeit – Überwiegend nicht gewinnorientierte Tätigkeit – Institutionelles Ziel, Gesundheitsdienstleistungen anzubieten – Möglichkeit, entsprechende Dienstleistungen auf dem Markt anzubieten – Zulassung zur Teilnahme an einem Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags

#### 18.12.2014, Rs C-599/13, Somvao

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der **finanziellen Interessen** der **Union** – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 4 – **Gesamthaushaltsplan** der Union – Verordnung (EG, Euratom) Nr 1605/2002 – Art 53b Abs 2 – Entscheidung 2004/904/EG – **Europäischer Flüchtlingsfonds** für den Zeitraum 2005–2010 – Art 25 Abs 2 – Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Einziehung einer **Finanzhilfe** bei Vorliegen einer Unregelmäßigkeit

# B. Schlussanträge

#### 18.12.2014, Rs C-357/13, Drukarnia Multipress (GA Jääskinen)

Steuerrecht – Richtlinie 2008/7/EG – Art 2 – Indirekte Steuern auf die Ansammlung von Kapital – **Gesellschaftsteuer** auf **Kapitalzuführungen** in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien – Möglichkeit der **Einstufung** einer solchen Gesellschaft als **Kapitalgesellschaft** – **Befreiungen** – Auf nicht als Kapitalgesellschaften geltende Einheiten mit Erwerbszweck anwendbare Regelung

#### 18.12.2014, Rs C-560/13, Wagner-Raith (GA Mengozzi)

Nicht unterbreitete Vorfrage – Freier Kapitalverkehr – ex-Art 73c EG-Vertrag – ex-Art 57 EG – Stillhalteklausel – Drittstaat – Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG) – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine pauschale Besteuerung von Einkünften aus ausländischen Investmentfonds vorsieht, die keine detaillierte Bekanntmachung der Gewinne für die Anleger bereitstellen ("schwarze Fonds") – Erbringung von Finanzdienstleistungen – Direktinvestitionen

#### 18.12.2014, Rs C-601/13, Ambisig (GA Wathelet)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/18/EG – Dienstleistungsauftrag – **Zuschlagserteilung** – Wirtschaftlich günstigstes Angebot – **Zuschlagskriterien** – Bewertung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Teams

# 18.12.2014, Rs C-65/14, Rosselle (GA Sharpston)

Sozialpolitik – Richtlinie 92/85/EWG – Sicherheit und Gesundheitsschutz von **schwangeren Arbeitnehmerinnen**, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz – **Mutterschaftsleistung** während des Mutterschaftsurlaubs – Wartezeit von 120 Arbeitstagen, die in einem Sechsmonatszeitraum erreicht werden müssen – Unterbrechung – Beamtin, die aus **persönlichen Gründen freigestellt** ist, um im Angestelltenverhältnis tätig zu werden – Richtlinie 2006/54/EG – **Gleichbehandlung** von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

# C. Gericht

# 12.12.2014, Rs T-544/08, Hansen & Rosenthal und H & R Wax Company Vertrieb / Kommission

Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für **Paraffinwachse** – Entscheidung, mit der eine Zuwiderhandlung gegen ex-Art 81 EG festgestellt wird **–Preisfestsetzung** – Nachweis der Zuwiderhandlung – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Verteidigungsrechte – Berechnung des Umsatzes – Schwere der Zuwiderhandlung – **Rückwirkungsverbot** – Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit

# 12.12.2014, Rs T-550/08, Tudapetrol Mineralölerzeugnisse Nils Hansen / Kommission

Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für **Paraffinwachse** – Abstimmung und Erhöhung der Preise – **Preisfestsetzung** – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Verteidigungsrechte – Nachweis der Zuwiderhandlung – **Verjährung** 

#### 12.12.2014, Rs T-551/08, H & R ChemPharm / Kommission

Wettbewerb – Kartelle – Markt für Paraffinwachse – Entscheidung, mit der eine Zuwiderhandlung gegen ex-Art 81 EG festgestellt wird – Preisfestsetzung – Nachweis der Zuwiderhandlung – Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen von 2006 – Referenzzeitraum – Berechnung des Umsatzes – Schwere der Zuwiderhandlung – Fusion während des Zeitraums der Zuwiderhandlung – Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit

# V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

#### 16.12.2014, Beschwerde Nr. 52265/10, Chbihi Loudoudi ua / Belgien

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Verweigerung der Adoption eines Kindes, das aufgrund der islamischen Kafala-Regelung in Obhut der bf Verwandten in Belgien lebt, aufgrund gesetzlicher Regelung, die Vorschriften des Haager Adoptions-Übereinkommens umsetzt, ist nicht konventionswidrig; Entscheidungskompetenz der nationalen Behörden im Sinne des Kindeswohls

#### 16.12.2014, Beschwerde Nr. 50541/08 ua, Ibrahim ua / Großbritannien

Keine Verletzung von Art 6 Abs 1 (Recht auf ein faires Verfahren) und Abs 3 lit c EMRK (Recht auf Verteidiger eigener Wahl); Verzögerung des Zuganges zu Rechtsbeistand während des polizeilichen Verhörs der vier Bf, die zwei Wochen nach den Bombenanschlägen im Juli 2005 in London als Hauptverdächtige festgenommen worden waren, aufgrund der immanenten Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht konventionswidrig; Zulässigkeit der ohne Rechtsbeistand getätigten Aussagen für gerichtliche Verurteilung

# Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

# **Disclaimer**

**Bundesgesetzblatt:** BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

# **Impressum**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.